

# BERICHTAUS BRÜSSEL

Aktuelle Meldungen aus der Europapolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. | Vertretung in Brüssel

Association des Chambres de Commerce et d'Industrie Allemandes | Vereniging van de Duitse Kamers van Koophandel en Nijverheid  
Association of German Chambers of Industry and Commerce (DIHK e.V.) | 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Brüssel  
Tel. ++32-2-286-1611 | Fax ++32-2-286-1605 | Redaktion: Susanne Schraff | E-Mail: schraff.susanne@dihk.de | www.dihk.de

## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b> .....	<b>2</b>
Mit "Europa 2020" die EU gestärkt aus der Krise führen.....	2
<b>Recht</b> .....	<b>3</b>
Entscheidung zur Befreiung der Kleinstunternehmen im Europäischen Parlament vertagt .....	3
<b>Außenwirtschaft</b> .....	<b>3</b>
EAD soll Mai 2010 seine Arbeit aufnehmen.....	3
Neue Bemühungen um ein Freihandelsabkommen mit den ASEAN-Staaten.....	4
<b>Innovation</b> .....	<b>5</b>
Innovationspolitik als ressortübergreifende Strategie .....	5
Europäische Forscher unterzeichnen die Erklärung "Trust Researchers" .....	6
Europäische Innovationsagenturen wollen enger zusammenarbeiten .....	6
<b>Kurz notiert</b> .....	<b>7</b>
Konsultation zur neuen Funkfrequenzpolitik.....	7
DIHK-Praxisseminar "EU-Förderprogramme" .....	7
European Sustainable Energy Week 2010.....	8
"EU-Pilot" - schnelle Antworten für Bürger und Unternehmen.....	8
SOLVIT und Bürgerwegweiserdienst werden stärker genutzt .....	8
<b>Termine 2010</b> .....	<b>8</b>
Sitzungen der EU-Institutionen .....	8
"Unternehmen Europa": Veranstaltungen der IHK-Organisation.....	9

---

## Editorial

### ■ Mit "Europa 2020" die EU gestärkt aus der Krise führen

Das neue Strategiepapier „[Europa 2020](#)“ soll die EU aus der Krise führen und fit für die Zukunft machen. Die Strategie baut auf drei Schlüsselementen auf: intelligentes Wachstum: Förderung von Wissen, Innovation und Bildung sowie der digitalen Gesellschaft, nachhaltiges Wachstum: ressourceneffizientere Produktion bei gleichzeitiger Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und integratives Wachstum: Erhöhung der Beschäftigungsquote, Qualifizierung und Bekämpfung der Armut.

Fünf Kernziele will Europa bis 2020 mit dieser Strategie erreichen:

- Die Beschäftigungsquote der 20-64-Jährigen soll von derzeit 69 auf 75 Prozent steigen.
- Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen in Forschung und Bildung investiert werden; dies war allerdings auch bislang schon Ziel der EU.
- Der Anteil der Schulabbrecher soll von derzeit 15 Prozent auf unter zehn Prozent gesenkt werden. Auf mindestens 40 Prozent von bisher 31 Prozent soll die Quote der Hochschulabsolventen erhöht werden.
- Ferner soll die Zahl der von Armut bedrohten Menschen in der EU um 25 Prozent sinken.
- Zudem sollen die 20/20/20-Klima- und Energieziele umgesetzt werden. Das heißt, die Treibhausgasemissionen sollen um 20% reduziert werden. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Energieerzeugung soll auf 20% erhöht und die Energieeffizienz um 20% gesteigert werden.

Um diese Ziele zu erreichen, schlägt die EU-Kommission eine Reihe von Leitinitiativen vor. Ihre Umsetzung erfordert Maßnahmen auf allen Ebenen, von EU-weit tätigen Organisationen, Mitgliedstaaten, lokalen sowie regionalen Behörden. Die ehrgeizigen Ziele von Europa 2020 bedeuten auch, dass Führungskraft und Verantwortung ein neues Niveau erreichen müssen. Die Kommission lädt die Staats- und Regierungschefs ein, diese neue Strategie auf ihrer Frühjahrstagung Ende März anzunehmen und sie sich tatsächlich zueigen zu machen. Auch das Europäische Parlament soll bei der Umsetzung stärker miteinbezogen werden.

Die Strategie löst die Lissabon-Strategie ab, die dieses Jahr auslief. Diese hatte das ambitionierte Ziel, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu

machen". Der Fahrplan bis zur endgültigen Annahme der Strategie sieht vor, dass der Europäische Rat, die EU-Kommission, das Europäische Parlament und der Ministerrat dazu Stellung nehmen. Angestrebt ist die Verabschiedung der Strategie auf der Junitagung des Europäischen Rates.

(Sr)

## Recht

### Abstimmung am 24./25. März geplant

#### ■ Entscheidung zur Befreiung der Kleinstunternehmen im Europäischen Parlament vertagt

Auf Antrag der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament (S&D) wurde die Entscheidung über die Option der Mitgliedstaaten, Kleinunternehmen von der Jahresabschlusspflicht zu befreien, am 25. Februar vertagt. Voraussichtlich am 24./25. März 2010 wird das Thema wieder auf der Tagesordnung des Europäischen Parlaments stehen.

Der Entwurf der EU-Kommission, der unter Vorbehalt der Führung der Bücher auch vom Rechtsausschuss des Europäischen Parlamentes unterstützt wird, gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit selbst zu entscheiden, ob Kleinunternehmen einen Jahresabschluss nach der 4. EU-Bilanzrichtlinie erstellen müssen. Der [DIHK](#) hat sich für diese Befreiungsoption als Teil des Small Business Acts und Chance der Entbürokratisierung ausgesprochen.

(boe)

## Außenwirtschaft

### Aufbau in drei Phasen geplant

#### ■ EAD soll Mai 2010 seine Arbeit aufnehmen

Mit dem Amt des Ständigen Hohen Vertreters geht der Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) einher. Catherine Ashton, Hohe Vertreterin, wird Ende April voraussichtlich ihre Vorstellung über den Aufbau des EAD vorlegen, der dann spätestens Anfang Mai seinen Dienst aufnehmen soll. Er wird zwischen 7000 - 8000 Mitarbeiter umfassen und sich aus Beamten des Generalsekretariats des Rats, der Kommission sowie aus abgeordnetem Personal der nationalen diplomatischen Dienste zusammensetzen (Vgl. Art. 27 EUV). Dabei wird jede der

Institutionen ein Drittel der Mitarbeiter entsenden. Auch im Hinblick auf die Positionen sollen die Mitarbeiter aus den drei Institutionen gleichmäßig verteilt werden. Außerdem ist vorgesehen, dass alle Mitarbeiter zwischen dem Amtssitz und den Delegationen rotieren.

Der Aufbau des EAD wird in drei Phasen erfolgen. In der ersten Phase, die unmittelbar nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages begann, wurde der Hohe Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, aufgefordert dem Rat bis spätestens Ende April 2010 einen Vorschlag über die Organisation und Arbeitsweise des EAD vorzulegen. Dieser Entwurf muss vom Rat angenommen werden. Anschließend beginnt die zweite Phase, die den Aufbau des EAD bis hin zum Erreichen des regulären Dienstbetriebs umfasst. Ein erster Sachstandsbericht ist für 2012 geplant. Die letzte Phase schreibt schließlich eine vollständige Überprüfung der Funktionsfähigkeit des EAD, seiner Arbeitsweise, seiner Organisation sowie seines Zuständigkeitsbereiches vor. Diese ist für das Jahr 2014 vorgesehen.

Der EAD soll dazu beitragen, dass außen- und sicherheitspolitische Maßnahmen in Zukunft besser umgesetzt werden. Zudem wird er sehr eng mit den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und den Präsidenten des Europäischen Rates und die Mitglieder der Kommission bei deren Aufgaben im Bereich Außenbeziehungen unterstützen.

Strittig ist derzeit vor allem, ob der EAD an den Rat oder an die Kommission angegliedert werden soll. Die Mitgliedstaaten plädieren für eine Zugehörigkeit zum Rat, denn damit wäre ihr maximaler Einfluss gewahrt. Dagegen fordert das EU-Parlament eine Angliederung an die EU-Kommission, so dass die Abgeordneten zumindest ein Mitsprache bzw. Kontrollrecht haben. Nach derzeitigem Stand wird es wohl auf eine eigenständige Agentur zwischen Rat und Kommission hinauslaufen, die einen eigenen Verwaltungshaushalt führen wird. Dieser wird jedoch als eigenes Kapitel im EU-Haushaltsplan aufgeführt werden.

(Lau)

## ■ Neue Bemühungen um ein Freihandelsabkommen mit den ASEAN-Staaten

### **Integrierter bilateraler Ansatz**

Die ASEAN-Staaten sind für die EU nach den USA und China der drittgrößte Handelspartner außerhalb Europas. Bereits im Juli 2007 hatte die EU beschlossen, Verhandlungen mit insgesamt sieben ASEAN-Mitgliedstaaten aufzunehmen.

Nachdem der weitere Prozess ins Stocken geraten war, verfolgen

Kommission und Rat nunmehr einen integrierten bilateralen Ansatz, der eingebettet ist in eine regionale Strategie, und beginnen, abseits politischer Problemfelder mit jenen ASEAN-Staaten zu verhandeln, die an einem Freihandelsabkommen (FHA) interessiert sind und die nicht mehr zu den schwächeren Entwicklungsländern zählen. Langfristig möchte die EU die sich entwickelnden bilateralen FHAs als Grundlage für ein späteres Regionalabkommen nutzen. Im Dezember 2009 wurden daher Verhandlungen zunächst mit Singapur aufgenommen. Nunmehr hat EU-Handelskommissar Karel de Gucht bei seinem Vietnam-Besuch Anfang März auch die Aufnahme von Verhandlungen mit Vietnam in Aussicht gestellt. Die ASEAN-Staaten rücken durch das auch in Krisenzeiten stabile Wirtschafts- und Außenhandelswachstum sowie durch die sich zwischen ihnen und anderen Handelspartnern, allen voran der VR China, parallel vertiefenden Wirtschaftsbeziehungen in den Fokus des Interesses. Nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags ist schon bei der Sondierung von Abkommen ein Konsultationsverfahren zwischen Kommission, Rat und Parlament vorgesehen, um formell Verhandlungen zu eröffnen.

(Lau)

## Innovation

### ■ Innovationspolitik als ressortübergreifende Strategie

#### Quinn will "Binnenmarkt für Innovationen" verwirklichen

Die neue EU-Kommissarin für Forschung und Innovation, [Máire Geoghegan-Quinn](#), hat in einer ihrer ersten [Reden](#) nach der Bestätigung im Amt erläutert, wie sie Innovationspolitik stärker als zuvor als ressortübergreifende Strategie umsetzen will, um einen Binnenmarkt für Innovationen zu schaffen.

Um dies zu erreichen, steht v. a. die stärkere Abstimmung zwischen nationaler und europäischer Forschungspolitik über die sog. Gemeinsame Programmplanung im Vordergrund. Beispielhaft führt die Kommission in diesem Zusammenhang Einzelfälle an, in denen über 70 Forschungsorganisationen in Europa an ähnlichen Aufgabenstellungen arbeiten, ohne ihre Ressourcen zu bündeln. Bei der Finanzierung europäischer Forschungsprojekte setzt die Kommissarin vor diesem Hintergrund auf PPP unter stärkerer Einbeziehung der Europäischen Investitionsbank und des Europäischen Investitionsfonds. Bezüglich des EU-Forschungsrahmenprogramms will sie eine KMU-Quote von 15 Prozent bezogen auf die Förderung im Bereich der Verbundprojekte fortschreiben. Um die Entwicklung neuer, innovativer Märkte zu unterstützen,

sollen die Rahmenbedingungen über Gesetzespakete u. a. zu den Themen Normen oder "greener procurement" verbessert werden.

Diese innovationspolitischen Ziele sollen im sog. "European Innovation Act" im Juli 2010 (ursprünglich bereits für das Frühjahr geplant) mit konkreten Maßnahmenvorschlägen "unterfüttert" werden.

(Bor)

### ■ Europäische Forscher unterzeichnen die Erklärung "Trust Researchers"

#### Vereinfachung der Forschungsfinanzierung gefordert

Über 2.500 Forscher aus ganz Europa haben bislang eine [Erklärung](#) unterzeichnet, in der eine erhebliche Vereinfachung des Verwaltungsaufwands und der finanziellen Regelungen der europäischen Forschungsförderung gefordert wird. Eine Gruppe europäischer Forscher hatte diese Erklärung Anfang Februar 2010 vorgelegt. Aus [Deutschland](#) sind über 100 Unterzeichner beteiligt.

Nach Meinung der Unterzeichner sollte die Finanzierung der europäischen Forschung auf Vertrauen und verantwortlicher Partnerschaft beruhen. Gleichzeitig sollte aber eine angemessene Rechenschaftspflicht gewährleistet sein. Die Erklärung geht zur Kenntnisnahme an den Europäischen Ministerrat und an das Europäische Parlament.

(Bor)

### ■ Europäische Innovationsagenturen wollen enger zusammenarbeiten

#### TAFTIE-Treffen in Madrid

Am 11. Februar 2010 fand in Madrid das erste [Treffen](#) der Executive Working Group von [TAFTIE](#), dem Europäischen Netzwerk der Innovationsagenturen, in diesem Jahr statt. Unter Leitung des spanischen Zentrums für die Entwicklung der Industriellen Technologie wurden Initiativen u. a. zu den Themen KMU-Politik auf EU-Ebene, die Rolle von Innovationsagenturen im Europäischen Forschungsraum oder die Aktivitäten der Innovationsagenturen gestartet. Die Mitglieder des Netzwerks haben sich auf das Ziel geeinigt, die Verbindungen unter führenden Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsnetzwerken sowie ihre Initiativen auf regionaler, europäischer und internationaler Ebene auszubauen. Zur Unterstützung dieser Zielsetzung wird dieses Jahr zum ersten Mal eine [TAFTIE-Akademie](#) stattfinden, die gezielte Fortbildung-

gen anbietet und den Austausch von best practices fördern soll. Die Akademie wird von der Österreichischen Forschungsgesellschaft (FFG) geführt. Derzeit werden noch Innovationsexperten als Dozenten gesucht.

(Bor)

## Kurz notiert

### ■ Konsultation zur neuen Funkfrequenzpolitik

Industrie und Verbraucher sind aufgefordert, die Prioritäten für ein EU-Programm zur Frequenzpolitik 2011 bis 2015 zu diskutieren. Die EU-Kommission hat eine öffentliche [Konsultation](#) eingeleitet, die bis zum 9. April läuft. Die auf die Nutzung von Funkfrequenzen angewiesenen Dienste tragen ungefähr 300 Milliarden Euro zum europäischen BIP bei. Dennoch wird das Frequenzspektrum bislang noch nicht immer effizient genutzt. Eine optimale Frequenznutzung würde die Innovation vorantreiben und der EU helfen, den universellen Breitbandzugang bis 2013 zu verwirklichen. Die Konsultation wird der Kommission bei der Ausarbeitung eines frequenzpolitischen Programms helfen, das sie dem Europäischen Parlament und dem Rat bis Mitte 2010 vorlegen wird. Am 22. und 23. März werden die Europäische Kommission und das Europäische Parlament gemeinsam in Brüssel einen „[Frequenzgipfel](#)“ veranstalten, um die frequenzpolitischen Prioritäten Europas zu erörtern.

### ■ DIHK-Praxisseminar "EU-Förderprogramme"

Unter den wirtschaftsrelevanten EU-Themen gewinnen die EU-Förderprogramme zunehmend an Bedeutung. Das Seminar vermittelt einen Überblick über die EU-Förderpraxis, mit Schwerpunkten in den Bereichen Außenwirtschaft, Energie/Umwelt und Forschung/Innovation. Das Seminar findet vom 28.-29.06.2010 in Brüssel statt. Die Inhalte richten sich an Mitarbeiter der IHKs, AHKs und Mitarbeiter anderer Wirtschaftsverbände. Nähere Informationen bei Dr. Sara Borella, Telefon: 0032 2 2861622 oder E-Mail: borella.sara@dihk.de

## ■ European Sustainable Energy Week 2010

Vom 22. bis 26. März findet wieder europaweit die [European Sustainable Energy Week](#) statt. Allein in Brüssel sind rund 100 verschiedene Veranstaltungen aus den Bereichen Energieeffizienz, Gebäude, Transport, erneuerbare Energien und Europäische Energiepolitik geplant.

## ■ "EU-Pilot" - schnelle Antworten für Bürger und Unternehmen

Probleme von Bürgern und Unternehmen bei der Anwendung des EU-Rechts werden seit 2008 mit dem Projekt "EU-Pilot" gelöst. Aufgrund der [positiven Erfahrungen](#) soll das Projekt von bislang 15 Mitgliedsländern (darunter Deutschland) auf alle 27 Mitgliedstaaten ausgeweitet werden. Ziel ist es, den Bürgern und Unternehmen bei der Anwendung des EU-Rechts zu helfen. Bis Februar 2010 wurden 723 Dossiers bearbeitet. Die nächste Bewertung des Projekts ist für 2011 vorgesehen.

## ■ SOLVIT und Bürgerwegweiserdienst werden stärker genutzt

Die [Jahresberichte](#) über [SOLVIT](#) und den [Wegweiserdienst](#) für Bürger zeigen, dass eine wachsende Zahl Europäer sich an die Beratungs- und Hilfestellen der EU wendet. Die beiden Dienste stehen für Fragen und Probleme zur Verfügung, die im Binnenmarkt auftreten können. 2009 wurden SOLVIT und der Wegweiserdienst enger zusammengeführt.

## Termine 2010

### ■ Sitzungen der EU-Institutionen

08. - 12. März [Agenda zu den Sitzungen der EU-Institutionen](#)

08. - 12. März Plenartagung des EP in Straßburg

01. Jan - 30. Juni [Spanische EU-Ratspräsidentschaft](#)

## ■ "Unternehmen Europa": Veranstaltungen der IHK-Organisation

9. März           IHK München: „Geschäftschancen in Griechenland“  
Ansprechpartnerin: Sabine Kühnert, Tel.: 089 5116-645

11. März           IHK Südlicher Oberrhein / Freiburg: „Forderungseinzug  
und Vermeidung von Forderungsausfällen in Europa“  
Ansprechpartnerin: Petra Steck-Brill, Tel.: 07821 2703-690

16. März           IHK München: Nationaler Informationstag „IKT Poli-  
tik-Unterstützungs-Programm“  
Ansprechpartnerin: Sabine Kühnert, Tel.: 089 5116-645

18. März           IHK zu Rostock und Enterprise Europe Network Meck-  
lenburg-Vorpommern: Veranstaltungsort: Rostock  
„Nutzen Sie Ihr nordisches Potenzial?“ Beratungstag  
Skandinavien  
Ansprechpartnerin: Daniela Brandenburg, Tel.: 0381 338-243

19. März           IHK Ostwestfalen zu Bielefeld: „Erfolgreich kommuni-  
zieren mit niederländischen Geschäftspartnern“  
Ansprechpartner: Jens Heckerroth, Tel.: 0521 554-250

Verantwortlich für die Endredaktion: Susanne Schraff (Sr)

Ansprechpartner für die einzelnen Beiträge: boe= Annika Böhm; Bor= Dr. Sara Borella; Lau= Alexander Lau